

# „Ein hilfloses Manöver“

**NSU-PROZESS** Die Verteidigung bemüht sich, Zschäpe eine verminderte Schuldfähigkeit zu attestieren – bisher ohne Erfolg. Ein Gutachter kommt vorerst nicht zum Zuge



Beate Zschäpe mit ihrem Anwalt Mathias Grasel Foto: Andreas Gebert/dpa

AUS MÜNCHEN **KONRAD LITSCHKO**

Anette Greger lässt keinen Zweifel „Klar, eindeutig und sicher“ sei Gutachter Henning Saß zu dem Ergebnis gekommen, dass Beate Zschäpe an keiner Persönlichkeitsstörung leide, sagt die Bundesanwältin. Über „reichhaltiges“ Beobachtungsmaterial habe Saß verfügt, seine forensische Erfahrung sei „überdurchschnittlich“. Die Frage der Schuldfähigkeit Zschäpes sei damals bereits erwiesen. Ein weiteres Gutachten brauche es nicht.

Der Auftritt der Bundesanwältin am Mittwoch im Münchner NSU-Prozess ist eine weitere Klatsche für Beate Zschäpe. Ihr Anwalt Mathias Grasel scheint überrumpelt. Mit keinem Wort reagiert er auf den Vortrag. Da-  
bei hatte Grasel erst vergan-

gene Woche ein überraschendes Gegenmanöver versucht: Er brachte ein neues Gutachten ins Spiel, das Saß entkräften soll und festhält, Zschäpe sei sehr wohl vermindert schuldfähig. Erstellt hat es Joachim Bauer, ein Psychiater vom Uniklinikum Freiburg, seit wenigen Tagen emeritiert.

Zschäpe ließ ihn im Februar und März viermal in die JVA Stadelheim kommen, für insgesamt zwölf Stunden. Heraus kam ein 48-seitiges Gutachten: Zschäpe leide an einer „schwerver dependenten Persönlichkeitsstörung“. Soll heißen: Sie sei krankhaft abhängig von ihren Untergrundbegleitern Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gewesen, dass sie deren Unrecht nicht erkannte. Eine volle Schuldfähigkeit, so Anwalt Grasel emeritiert.

**Ein weiteres Gutachten braucht es nicht, sagt die Bundesanwältin**

sel, sei damit nicht mehr gegeben.

Es ist der Versuch, doch noch eine Höchststrafe für Zschäpe abzuwenden, auf die es im NSU-Prozess bisher hinausläuft. Henning Saß, der vom Gericht beauftragter Gutachter, hatte für diese Strafe im Januar bereits einen Grundstein gelegt. Hinweise auf eine Persönlichkeitsstörung gebe es nicht, heißt es in seinem Gutachten. Vielmehr zeige sich Zschäpe selbstbewusst und „durchsetzungswillig“. Ihre Angaben vor Gericht, sie habe

sich gegen die Morde und Anschläge ihrer Kumpanen nicht erwehren können, seien kaum glaubwürdig. Saß hatte Zschäpe über Dutzende Prozeßstage beobachtet und Ermittlungsakten studiert. Ein direktes Gespräch hätte diese verweigert.

Nicht nur Bundesanwältin Greger, auch die Richter scheinen Saß’ Urteil zu folgen. Bereits für Donnerstag hatten sie zwar Zschäpes Wunschgutachten Bauer in den Prozess geladen – aber nur als Zeugen, nicht als Sachverständigen, wie von Grasel beantragt. Direkt im Anschluss war Saß geladen. Wohl um Bauers Bericht zu bewerten – und die Sache dann abzuhalten.

Grasel kündigte daraufhin an, unter dieser Prämisse habe Zschäpe die ärztliche Schweißpflicht für Bauer nicht auf. Der Senat lud den Psychiater kurzerhand ab. Inzwischen hat Grasel eigenständig Bauer als Sachverständigen in den Prozess beordert, mit einer sogenannten Selbstladung. Anfang Mai soll er aussagen. Ob dies Zschäpe rettet, bleibt zweifelhaft. Von einem „hilflosen Manöver“ spricht Nebenklageanwalt Yavuz Narin.

Nebenklageanwalt Thomas Blöwir kündigt am Mittwoch derweil an, einen ganz anderen Sachverständigen in den Prozess laden zu wollen: Eyal Weizman von Forensic Architecture der Londoner Goldsmith University. Die Forscher hatten jüngst den NSU-Mord in Kassel neu untersucht und den Täter, ein Internetcafè, nachgebaut. Ihr Resümee: Der damals anwesende Verfassungsschützer Andreas Temme müsse, anders als von ihm angegeben, den Mord mitbekommen haben.

## LESERINNENBRIEFE

taz.die tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin  
briefe@taz.de | [www.taz.de/zeitung](http://www.taz.de/zeitung)

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

## Nix als Gier nach Mammon

■ betr.: „Gold“, taz vom 1. 4. 17

War denn etwa Umweltliebe Antriebskraft der Münzendiebe? Sorgte sie das Zyanid das beim Abbau feinen Goldes Ureinwohnerland gar holdes schwer verseucht lässt oft zurück? Wollten sie’s Gold schmelzen ein um im Kreislauf mehr zu nützen und die Erd vor Gift zu schützen? Nein, die Mammongier wird’s sein ...

ULRIKE BICKEL, Berlin

## Das falsche Unbehagen

■ betr.: „Das große Unbehagen“, taz vom 4. 4. 17

„Das große Unbehagen“ hat sich bei mir während der Lektüre des Leitartikels eingestellt. Wie viel Zivilcourage und emanzipatorisches Politikverständnis sind bei der taz noch vorhanden, wenn die von den Linken genannten Positionen bei Ihnen bereits „Systemsturz“ befürchteten lassen? Fragen an die Militarisierung der Gesellschaft – einschließlich der Auslandseinsätze der Bundeswehr – und zur sozialen Frage stehen auf dem festen Boden des Grundgesetzes. Diese richtigen Fragen zu stellen mag in der bürgerlichen Mitte Angst auslösen. Die taz sollte demgegenüber bewusst eine mutige Position des offenen Diskurses einnehmen und diesen nicht mit auch inhaltlich falschen Begriffen wie „Systemsturz“ verhindern. Personalisierungen (zum Beispiel die Berichterstattung zu Wagenknecht) schützen aber Ängste und verschließen sich der inhaltlichen Debatte zur dringenden Veränderung des neoliberalen Zeitgeistes. Zivilcourage und emanzipatorisches Denken sind allerdings Grundvoraussetzungen für diesen Weg. DIRK SCHNEIDER, Helmenze

## Butterwege für die Grünen

■ betr.: „Ein politisches Armszeugnis“, taz vom 4. 4. 7

Die Grünen wären gut beraten, sich für einen intensiven Gedankenaustausch zur sozialen Lage in Deutschland mit Herrn Butterwege zusammenzusetzen. Das Wahlprogramm der Partei könnte um einiges gewinnen, wenn der sozialpolitische Teil, insbesondere in Bezug auf die ärmsten Teile der Bevölkerung, deutlich geschärft würde. Von den drei Pfeilern – Ökologie, Liberalität und soziale Gerechtigkeit –, auf denen die Partei nach meinem Verständnis stehen sollte, erscheint mir der dritte derzeit existenziell bedroht. Deutschland braucht nach Jahren des Durchwurzelns für Mittel- und Oberschicht, der inzwischen fast schon rückschriftlichen Umwelt- und Naturschutzhaltung und dem fortschreitenden Abbau von Freiheitsrechten ein völlig anderes Politikangebot. Auch wenn Christoph Butterwege leider das Amt des Bundespräsidenten verpasst hat und nicht die „Macht des Wortes“ einsetzen kann, um uns wachzurütteln, ist es umso dringender, dass seine sozialpolitischen Folgerungen und Forderungen in der aktuellen Politik Berücksichtigung finden.

MARKUS STEURNAGEL, Frankfurt

## Entfremdung und Populismus

■ betr.: „Als ich mich schämte“, taz vom 1. 4. 17

Es ist erstaunlich, wie die Macht des Unverstandenen viele zu (demokratischen) Opportunisten macht: Ist die Diktatur der Mehrheit nicht für mich, ist sie gegen mich und ich gegen ihre Wandlung – die sich aber leider stetig vollzieht. So rennt man gedanklich heulend davon, wertet die entfremdeten anderen als „uninformiert“ ab, wendet sich dann selbst schließlich ganz ab, entfremdet als zuvor. Die totalitäre Entfremdung, die der Autor mit seiner Offenbarung indirekt bemängelt, lässt ihn und andere überrascht aufblicken, wenn lange vorhandene Schwelbrände anfangen Flammen zu schlagen. Anstatt smart populistisch polternd gegen den Populismus vorzugehen, könnten man auch die Offenheit des Autors und anderer Entfremdeter nutzen und die je eigene Entfremdung offenlegen, um echte Perspektivübernahme zu ermöglichen. Der Kampf um den Diskurs der Entfremdung ist ausweichlich, wenn die Nährböden für Populismus nicht weiterwachsen sollen. Danke an den Autor! Für deine Offenheit. NORMAN SILBER, Leipzig

## Gelobtes Grau

■ betr.: „Mit oder ohne Würstebude“, taz vom 3. 4. 27

Das Foto des neuen Verlagsgeländes von Suhrkamp zeigt rechts daneben den „aufgebrochenen“ Betonkubus von Roger Bundschuh. Links soll noch so etwas hinkommen, nur in Alu. Welche Kriterien erfüllen solche Bauten? Hier bin ich – ich, Bauherr. Das habe ich gebaut – ich, Architekt. Selbstzweck. Zum Ansehen nur grau und klotzig. Macht so ein Bauwerk einen Stadtteil lebenswerten? Sollte dieses Gebäude so wohlwollend betrachtet werden wie in diesem Artikel? Mehr Mut zu Fantasie und Kritik, liebe Leute. MARTIN HASSELMANN, Höslwang

## Stehen lassen

■ betr.: „Flagge zeigen?“, taz vom 5. 4. 17

Eine wichtige Frage, wann und für wen wir Flagge zeigen. Leider wurde eine andere wichtige Frage umgedeutet beantwortet: Sind Russen weniger wichtig als Briten? Natürlich nicht!!! Ehrlicher wäre es, sollte Fragen einfach einmal mit Nachhall stehen zu lassen ... ohne Antwort. Und schon fallen einem viele Dinge ein ... oder auch auf. HILDEGARD MEIER, Köln

# Diktaturoper zweiter Klasse

**GEDENKEN** Opfer der NS-Militärjustiz warten noch immer auf eine würdige Gedenkstätte in Torgau

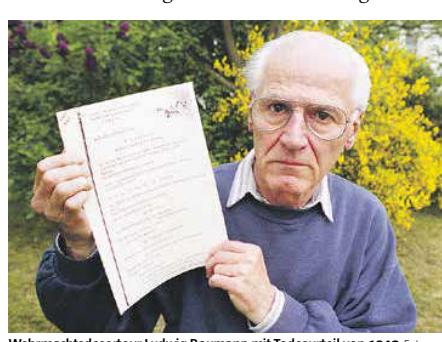
DRESDEN taz | „Wahrscheinlich wird kein Opfer der NS-Militärjustiz noch ein angemessenes Gedenken erleben!“ Rolf Surmann ist Mitglied der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz und frustriert. Im Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten kämpft er seit Jahren für ein würdiges Gedenken der Opfer. Aktuell in Rahmen der Neugestaltung der Ausstellung „Spuren des Unrechts“ auf Schloss Hartenfels in Torgau.

1943 war das Reichskriegsgericht in die Stadt verlegt worden, im benachbarten Fort Zinna befand sich das größte Militärgefangnis der Nazis. Nach der Gedenkstättenkonzeption des Bundes von 1999 soll Torgau Schwerpunkt der Erinnerung an die Wehrdienstverweigerer und hingerichteten Deserteure im Dritten Reich werden. Aus Frustration über die Stagnation dieses Vorhabens stellte die Bundesvereinigung im Dezember 2016 ihre Mitarbeit ein.

Die Vorgänge in Torgau können in Zusammenhang mit der speziellen sächsischen Erinnerungspolitik gesehen werden. Wegen der faktischen Gleichsetzung von Nazi- und SED-Diktatur im 1. Sächsischen Gedenkstättengesetz hatten sich 2004 der Zentralrat der Juden und NS-Opferverbände aus der Gedenkstättenförderung zurückgezogen. Torgau spielte schon damals eine zentrale Rolle. Nach-

dem sie sich ausgesöhnt hatten, konnten die Bundesvereinigung und die Stiftung und die Landesregierung 2009 eine Einigung über die neu zu gestaltende Dauerausstellung erreichen. An dieser wurden aber bislang nur marginale Korrekturen vorgenommen. Nach wie vor ist den Opfern der NS-Militärjustiz ein Drittel der Ausstellungsfläche auf Schloss Hartenfels gewidmet. Breiter Raum nimmt dagegen die Erinnerung an die Opfer der sowjetischen Besetzung und der DDR ein.

Jan Korte,stellvertretender Vorsitzender der Linken-Fraktion im Bundestag, wertet dies als einen „Verstoß der Stiftung Sächsische Gedenkstätten“ gegen die (...) Gedenkstättenkonzeption des Bundes“. Er hat eine Anfrage an Monika Grüters gerichtet, Staatsministerin für Kultur und Medien. Die Ministerin verweist in ihrer Ende März eingegangenen Antwort nicht nur auf die Landeszuständigkeit und auf „größtmögliche Zurückhaltung“ der Bundesregierung. Sie widerspricht auch der Behauptung, die derzeitige Ausstellung würde die Intentionen der Gedenkstättenkonzeption kontrarieren. Im Detail zeigt sich das Kulturministerium wenig informiert. „Es wird höchste Zeit, dass die Bundesregierung ihre Kontrollfunktion wahrnimmt“, antwortet Sprecherin Julia Spohr für die Gedenkstättenstiftung. Das zuständige Wissenschafts-



Wehrmachtssoldat Ludwig Baumann mit Todesurteil von 1942 Foto: ap

**„Der Bund muss die Kontrollfunktion wahrnehmen“**

JAN KORTE, LINKSPARTEI

In Sachsen scheint die Umsetzung der Grundsatzvereinbarung von 2009 und der 2011 in allen Stiftungsgremien gebilligte 2-Stufen-Konzeption festgefahren. „Die Neugestaltung kann umgesetzt werden, sobald durch den Freistaat Sachsen und die Bundesregierung zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden“, antwortet Sprecherin Julia Spohr für die Gedenkstättenstiftung. Das zuständige Wissenschafts-

und Kunstmuseum entgegnet, die Vorbereitungsarbeiten seien „jedoch noch nicht so weit fortgeschritten, dass ein Antrag auf zusätzliche Bundes- oder Landesmittel gestellt werden kann“. Die Stiftung habe lediglich Varianten und grobe Kostenvorstellungen übermittelt. Eine Fördervereinbarung mit dem Bund, wie sie für die Stasi-Gedenkstätte Bautzen getroffen werden konnte, gibt es für Torgau nicht.

Für Rolf Surmann liegt das „Versagen der Stiftung“ auf der Hand. Geschäftsführer Siegfried Reiprich habe den 2011 vereinbarten Zeitplan nicht eingehalten. Eine provisorische Lösung lehnt die Opfervereinigung ab.

MICHAEL BARTSCH